

POSITIONSPAPIER SP SCHWEIZ

Eine Zukunft für alle statt für wenige – Eine demokratische, ökologische und solidarische Wirtschaft zum Durchbruch bringen.

ANTRAGSPAPIER

Überarbeitete Fassung nach der GL vom 28.10.2016
Grundlage für die Antragsfrist 2



Kommentar zum vorliegenden Antragspapier

Am 11. August 2016 haben die Sektionen der SP Schweiz die Einladung zum Zukunftsparteitag vom 3./4. Dezember in Thun erhalten, darunter auch das Positionspapier SP Schweiz „Eine Zukunft für alle statt für wenige – Eine demokratische, ökologische und solidarische Wirtschaft zum Durchbruch bringen“.

Bis zur Antragsfrist vom 20. Oktober trafen insgesamt 57 Anträge von Sektionen, Kantonalparteien und Parteimitgliedern ein.

Alle 57 eingegangenen Anträge mit den Entscheiden und Begründungen der Geschäftsleitung sind in einem Arbeitspapier zusammengestellt, welches unter www.sp-ps.ch/parteitag-thun aufgeschaltet ist.

Alle angenommenen und modifiziert angenommenen Anträge sind in die vorliegende Fassung eingearbeitet worden. Änderungen sind daran zu erkennen, dass sie kursiv und unterstrichen sind.

Alle in der Antragsfrist 1 eingegangenen Anträge werden als abgeschrieben betrachtet. Wenn an abgelehnten oder nur modifiziert angenommenen Anträgen festgehalten werden will, müssen diese erneut eingereicht werden.

Diese überarbeitete Fassung bildet die Grundlage für die Antragsfrist 2, die bis am 18. November 2016 läuft.

Wichtig: Das Editorial von Christian auf den Seiten 3 bis 5 ist nicht antragsberechtigt!

Das **weitere Vorgehen** sieht wie folgt aus:

18. November 2016	Antragsfrist 2
25. November 2016	Sitzung der Geschäftsleitung
29. November 2016	Aufschalten der Schlussdokumente
3./4. Dezember 2016	Parteitag in Thun

Liebe Genossinnen und Genossen

Wer erinnert sich nicht an den Parteitag in Lausanne 2010. An die Debatte über das Parteiprogramm, an die Auseinandersetzungen über die Probleme der heutigen kapitalistischen Wirtschaft und unsere Vorstellungen einer sozialen und ökologischen Wirtschaftsdemokratie. Warum widmen wir uns jetzt wieder diesem Thema?

Zunächst aus einem einfachen wie wichtigen Grund: **Es ist dringend nötig.** Wer einen realistischen Blick auf die Welt im Jahr 2016 wirft, muss zum Schluss kommen, dass der Kapitalismus mehr Probleme schafft, als er zu lösen in der Lage ist. Wenn, wie heute, Profitstreben und Gewinnmaximierung die zentralen Eckpfeiler unserer Wirtschaftsweise sind, dann schafft das Probleme. Zum Beispiel Ungleichheit. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich seit Jahren. Auch in der Schweiz. Die Reichen werden reicher – vor allem durch den Bezug leistungsloser Einkommen wie Erbschaften, steuerfreien Kapitalgewinnen oder überrissener Boni. Demgegenüber gerät der Mittelstand zunehmend unter Druck und die Lage der Armen wird immer prekärer. Mittlerweile reichen gewisse Arbeitseinkommen nicht einmal mehr, um den eigenen Lebensunterhalt zu bestreiten. Zweites Beispiel Klimawandel. Der Zwang zur Rendite und Verwertung führt nicht nur zu sozialen Verwerfungen und Konflikten, er treibt gleichzeitig auch das klimaschädliche Produktions- und Konsumverhalten an, das ausgedörrte und unfruchtbar gewordene Landstriche zur Folge hat und Tausende, ja Millionen von Menschen in die Flucht treibt.

Wenn wir dafür sorgen wollen, dass soziale Gerechtigkeit, Teilhabe und Gleichheit eines Tages Realität werden, und zwar überall auf der Welt, dann funktioniert das nicht auf dem Weg, den das heute dominierende Wirtschaftsmodell eingeschlagen hat. Wir müssen bremsen und umsteuern. Wir müssen andere Wege suchen, die nachhaltiger und intelligenter sind. Wir müssen darüber nachdenken, wie unsere Wirtschaft und Gesellschaft besser, wie sie demokratisch, ökologisch und solidarisch funktionieren können. Und wir müssen Alternativen aufbauen, sie stärken und ihnen zum Durchbruch verhelfen.

Weshalb brauchen wir eine Alternative zum Kapitalismus? Man kann die Beantwortung der Frage auch anders angehen, und die bürgerlichen MarktanhängerInnen werden es nicht gerne hören: Aber Kapitalismus ist heute das Gegenteil einer Marktwirtschaft, einer sozialen Marktwirtschaft sowieso. Das kurzfristige und kurzsichtige Renditedenken verhindert Qualität und Innovation. Digitalisierung unter kapitalistischen Bedingungen führt zu Arbeitslosigkeit und zu einer rasanten Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Im Bildungs- oder Gesundheitsbereich werden vermehrt Profite über menschliche Grundbedürfnisse gesetzt. Statt Vielfalt und Ideenwettbewerb sehen wir Grossunternehmen, die mit allen Mitteln zum Monopol drängen – gerade in den Märkten der Zukunft, in der Internetbranche – und ihre Macht erfolgreich dazu nutzen, auf die demokratische Politik Einfluss zu nehmen. Um das zu ändern, um eine Wirtschaft nach den Bedürfnissen der Menschen statt des Kapitals zu ermöglichen, braucht es mehr Demokratie, mehr Mitbestimmung und Beteiligung.

Der zweite Grund, weshalb wir uns dem Thema widmen, ist der folgende: **Es passiert bereits.** Ich begegne immer wieder Menschen, die Initiativen starten, gemeinschaftliche Projekte lancieren, oder ich lerne Unternehmerinnen und Unternehmer kennen, die sich der Gemeinwohlökonomie und der Economie Sociale et Solidaire verschrieben haben. Vielfach machen sie keine grosse Sache daraus; das passiert eher im Kleinen und Stillen.

Genossenschaften, die erneuerbare Energien produzieren und verkaufen. Vereine, die auf Basis der Vertragslandwirtschaft Menschen in der Stadt mit biologischen und saisonalen Produkten versorgen. Eine Schreinerei, die ihren Mitarbeitenden umfassende Mitwirkungsrechte zugesteht. Vielfältige Auto- und Velo-Sharing-Projekte, die ihren Beitrag zu umweltfreundlicher Mobilität leisten. Aber auch grössere Unternehmen in der Raum- und Verkehrsplanung oder im Medienbereich, die sich bewusst demokratisch organisiert haben. Und nicht zu vergessen unser Service public, der in seiner Logik einer gemeinwohlorientierten Wirtschaft entspricht, teilweise aber auch wieder stärker darauf ausgerichtet werden sollte. Sprich: Es geht um ganz unterschiedliche Projekte und Unternehmen, die eines gemeinsam haben. Sie widersetzen sich den Regeln der kapitalistischen Wirtschaft, die uns immer wieder als einzig mögliche Wirtschaft verkauft wird. Sie orientieren sich an Werten wie Gerechtigkeit, Freiheit, Solidarität und Nachhaltigkeit und nicht am Prinzip der Gewinnmaximierung. Die Bedingungen in der Schweiz sind dafür nicht gut. Sie machen es trotzdem. Und sie haben Erfolg.

Solche Entwicklungen sind nicht neu, aber sie werden immer wichtiger. In der Schweiz, in Europa, weltweit. Wir werden dazu beitragen, diese demokratischen, ökologischen und solidarischen Wirtschaftsweisen zu fördern, damit ihnen der Durchbruch gelingt und sie zum Normalfall werden. Es freut mich deshalb, dass sich die SP Schweiz bereits vor zwei Jahren dank der *Arbeitsgruppe Wirtschaftsdemokratie* mit Tagungen, Bildungsveranstaltungen und viel Denkarbeit dem Thema angenommen hat. Einen wichtigen Schritt weiter wollen wir am Parteitag gehen mit der Behandlung des vorliegenden Papiers. Die vielzitierte Überwindung des Kapitalismus wird damit konkret.

Ich wurde darauf angesprochen, warum die internationale Dimension, z.B. der Umgang mit Freihandelsverträgen, im Papier nicht ausführlich behandelt werde. Auch andere wichtige Themen wie die Geld-, Arbeitsmarkt-, Finanz- oder Steuerpolitik würden zu kurz kommen. Zwei Antworten darauf: Wir haben nicht den Anspruch, mit dem vorliegenden Papier die gesamte Wirtschaftspolitik der SP Schweiz neu zu schreiben. Diese Arbeit steht uns mit der Aktualisierung des 2006 verabschiedeten Wirtschaftskonzepts erst bevor. Zudem verweise ich für diese Themen auf bereits geleistete Arbeiten wie das Grundsatzpapier Steuergerechtigkeit und das Positionspapier zur Zukunft der Finanzmärkte.

Zum anderen wollen wir ein neues wirtschaftspolitisches Aktionsfeld eröffnen. Das Positionspapier fokussiert bewusst auf Bereiche, die in den letzten Jahren eher vernachlässigt blieben, die für die Zukunft sozialdemokratischer Politik aber wichtig sind. Neben dem Einsatz für internationale Regulierungen oder der steuerlichen Rückverteilung des gesellschaftlichen Reichtums, müssen wir hier in der Schweiz wirtschaftliche Strukturen und Unternehmen fördern, die sich nicht primär an der Profitlogik orientieren. Damit tragen wir dazu bei, dass die sozialen und ökologischen Zerwürfnisse, mit denen wir uns heute weltweit konfrontiert sehen, nicht mehr in einem solchen Ausmass entstehen. Auch auf diese Weise müssen wir unsere globale Verantwortung wahrnehmen.

Damit bin ich beim dritten Grund gelandet, weshalb wir dem Parteitag das Papier vorlegen: **Weil wir es können.** Die Sozialdemokratie war schon immer die Partei, die nicht nur parlamentarische Tagespolitik gemacht hat, sondern sich auch mit Themen auseinandersetzt, die darüber hinausgehen. Die Visionen entwickelt für ein besseres und gerechteres Zusammenleben. Das leistet das vorliegende Positionspapier und übersetzt heisst das auch:

Wirtschaftsdemokratie ist keine Revolution. Sie passiert bereits, sie besteht aus vielen kleinen und grossen, kreativen und intelligenten Schritten in eine bessere Richtung. In Richtung einer Wirtschaft für alle statt für wenige.

Ich freue mich auf die Debatte am Parteitag vom Dezember und wünsche euch viel Vergnügen beim Lesen.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Levrat', with a stylized, flowing script.

Christian Levrat

Grundsatzpapier Steuergerechtigkeit:

<http://www.sp-ps.ch/sites/default/files/documents/steuergerechtigkeit.pdf>

Positionspapier Zukunft der Finanzmärkte:

http://www.sp-ps.ch/sites/default/files/documents/zukunft_der_finanzmaerkte_2009.pdf

Positionspapier der SP Schweiz

Eine Zukunft für alle statt für wenige – Eine demokratische, ökologische und solidarische Wirtschaft zum Durchbruch bringen.

I. Ausgangslage und Einleitung

Dem entfesselten Kapitalismus entgegenwirken – Sozialdemokratische Errungenschaften verteidigen

Die Sozialdemokratie war die treibende Kraft bei der Schaffung des ausgleichenden Sozialstaats, der für die Befreiung von existenziellen Sorgen und für soziale Gerechtigkeit sorgen soll. Wir haben zusammen mit den Gewerkschaften die Rechte der Lohnabhängigen erstritten. Wir haben den Service public aufgebaut und uns erfolgreich für den schrittweisen Ausbau der Demokratie eingesetzt. Diese Zähmung des Kapitalismus im 20. Jahrhundert hat das Leben von Millionen von Menschen weltweit verbessert und ist die historische Leistung der Sozialdemokratie. Bereits seit einiger Zeit erleben wir aber dessen erneute Entfesselung. Dadurch werden unsere Errungenschaften gefährdet. Einen besonders deutlichen und folgenreichen Ausdruck finden die – oft unter dem Etikett „neoliberal“ zusammengefassten – Entwicklungen der letzten Jahre und Jahrzehnte in der zunehmenden Ungleichheit. Ebenfalls in der Schweiz, wo zwei Prozent der Bevölkerung 98 Prozent des Vermögens besitzen, und dementsprechend auch Macht, Gestaltungsmöglichkeiten und Freiheit sehr ungleich verteilt sind. Es sind der immense Reichtum und Einfluss der Wenigen, die nachhaltige Veränderungen der Wirtschaft und unserer Gesellschaft im Interesse von uns allen verunmöglichen. Es ist die krasse Ungleichheit, die reaktionären und fremdenfeindlichen Kräften weltweit als Nährboden dient und zu einer ernsthaften Bedrohung für unsere Freiheit geworden ist.

Die Sozialdemokratie hat Antworten auf diese Herausforderungen: Dem internationalen Standortwettbewerb zulasten sozialer Errungenschaften und minimaler Umweltstandards muss mit international koordinierten Lösungen sowie innovativen Ansätzen begegnet werden. Wir brauchen eine Rückverteilung des gesellschaftlichen Reichtums, griffige Regulierungen der Finanzmärkte und öffentliche Investitionen in eine zukunftsfähige Wirtschaft. Also das Gegenteil dessen, was die AusteritätspredigerInnen europaweit verkünden und die rechten Mehrheiten auf allen Ebenen mit ihren jährlichen Abbauprogrammen, Privatisierungen und Steuersenkungen für Reiche und (Gross-)Unternehmen durchzusetzen versuchen. Wir müssen den Sozialstaat und den Service public verteidigen und den Wirkungsbereich demokratischer Politik gegenüber den nationalen wie globalen Kapitalinteressen wieder ausweiten. Bei alledem bewegen wir uns auf mehr oder weniger bekanntem, sozialdemokratischem Terrain. Ein grosser Teil der in den nächsten Jahren anstehenden wirtschafts- und sozialpolitischen Auseinandersetzungen wird in diesem Rahmen stattfinden. Wir dürfen unser Engagement und unsere Politik – inner- und ausserhalb des Parlaments – aber nicht darauf beschränken. Denn wir merken auch, dass die bisherige Politik bei vielen der heutigen Herausforderungen nicht wirklich weiter kommt. Nicht nur bei ökonomischen und sozialen Fragen, sondern vor allem auch mit Blick auf die lebensbedrohenden Umweltprobleme, mit denen sich die Menschheit heute konfrontiert sieht.

Die Probleme an der Wurzel packen – Leitlinien einer progressiven Wirtschaftspolitik

Wir stehen vor vielfältigen und miteinander verbundenen sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Krisen, die einen tiefgreifenden Wandel nötig machen. Heute sind die fortschrittlichen und verantwortungsbewussten Kräfte weltweit gefordert, an einem Pfadwechsel hin zu einem neuen, tatsächlich nachhaltigen Entwicklungsmodell mitzuwirken. **Ganz wesentlich dabei ist ein anderer Zugang zu, und ein anderes Verständnis von Wirtschaft.** Es gilt die vorherrschende Wirtschaftslogik und die ihr zugrunde liegenden Machtverhältnisse zu verändern. Das Ziel ist es, die von einer kapitalistischen Wirtschaft systematisch produzierten Ungleichheiten und Zerstörungen von Beginn weg zu verhindern, statt sie im Nachhinein bestmöglich zu reparieren.

Gefragt ist eine Politik, die die Probleme an der Wurzel packt und gleichzeitig Möglichkeiten zu substantiellen Verbesserungen im bestehenden Rahmen nutzt. **Im Kern geht es darum, die Verteilungsfrage auszuweiten. Neben der steuerlichen Rückverteilung des gesellschaftlichen Reichtums im Nachhinein braucht es eine gerechtere Verteilung wirtschaftlicher (Entscheidungs-)Macht. Indem Betroffene zu Mitbestimmenden gemacht werden, wirkt man der Entstehung ungerechtfertigter und schädlicher Ungleichheiten entgegen.** Wir wollen nicht nur die Vorherrschaft der Politik gegenüber dem Markt durchsetzen, sondern fordern eine Demokratisierung von Unternehmen, insbesondere von Grossunternehmen. Mit der Demokratisierung der Wirtschaft beginnen wir heute selbstredend nicht bei null. Die gewerkschaftliche Organisation und Gesamtarbeitsverträge sind ein Fundament, auf das eine demokratische Wirtschaft aufbauen kann, über das sie längerfristig aber auch hinausgehen soll. Wir wollen Unternehmen, die das Gemeinwohl statt die Profitmaximierung im Blick haben und zu entsprechenden Entscheiden gelangen – eben weil die Betroffenen mitbestimmen.

In der Schweiz zeigt sich aktuell im Rahmen der „Frankenkrise“, dass die fehlende Mitbestimmung der Lohnabhängigen ein Problem ist. Darüber, wie die Unternehmen auf den starken Franken reagieren, bestimmt praktisch nur die Kapitaleseite. Diese Problematik wird sich zukünftig noch zuspitzen. Unter den heutigen Bedingungen führt der technologische Fortschritt („Vierte industrielle Revolution“) dazu, dass das Kapital gegenüber der Arbeit immer mehr an Bedeutung gewinnt. Das äussert sich im Abbau von Arbeitsplätzen, in Angriffen auf die Arbeitsbedingungen und in der sich öffnenden Lohn- und Vermögensschere. Damit nicht nur das Kapital, sondern die Menschen vom technologischen Fortschritt und vom Wohlstandsgewinn profitieren, braucht es heute eine Demokratisierung der Wirtschaft. Nur dann werden die Fragen nach den Zielen von Wirtschaft; nach den Bedingungen, unter denen gearbeitet und gelebt wird; und nach dem Einsatz von Maschinen, Robotern und Algorithmen im Interesse von uns allen beantwortet.

Ein wichtiger Orientierungspunkt einer sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik ist die zivilgesellschaftliche Dynamik im Bereich alternativer Wirtschaftsweisen. Sei es aus unmittelbarer materieller Not oder aus wachsendem Überdruß an entfremdeten Arbeitsverhältnissen in Unternehmen, die ebenso skrupellos wie kurzfristig alles der Rendite unterordnen; immer mehr Menschen schliessen sich zusammen und versuchen anders, versuchen demokratisch, ökologisch und solidarisch zu wirtschaften und zu leben. Hervorgehoben werden können etwa die zahlreichen Unternehmen und Menschen, die unter dem Dach der „sozialen“, „solidarischen“ oder eben „Sozialen und Solidarischen

Ökonomie“ aktiv sind – im internationalen Kontext zunehmend auch im Zusammenspiel mit der Politik. So ist in Frankreich seit Mitte 2014 ein entsprechendes Fördergesetz in Kraft.¹ Eine weitere erfolgreiche Initiative ist die „Gemeinwohl-Ökonomie“, zu der der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) im September 2015 eine bemerkenswert positive Stellungnahme verabschiedet hat.² Und auch in der Schweiz ist einiges in Bewegung. In den grösseren Städten entstehen zukunftsweisende Wohnsiedlungen. In lokalen und regionalen Wirtschaftskreisläufen werden praktische Erfahrungen mit demokratischen Unternehmen, nicht-kommerziellen Sharing Economy-Ansätzen, Alternativwährungen oder Modellen von Vertragslandwirtschaft gesammelt. Gemeinden, fortschrittliche Unternehmen und „Energie-Prosumer“ (sowohl ProduzentInnen als auch KonsumentInnen von Energie) bauen gemeinsam an der Energieversorgung der Zukunft. KMUs in den unterschiedlichsten Wirtschaftssektoren zeigen Tag für Tag, dass eine Wirtschaft im Dienst der Menschen keine Trümerei, sondern möglich ist. Im Kanton Genf existiert eine alternative Handelskammer (Chambre de l'économie sociale et solidaire, Après-GE), die über 270 Unternehmen und Organisationen unterschiedlicher Grösse vertritt, welche ihrerseits rund 5000 Personen beschäftigen.³ Aus diesen vielfältigen praktischen Erfahrungen lässt sich auch ablesen, wie unsere globalen Wirtschaftsbeziehungen neu zu gestalten wären: mit sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit als Ausgangs- und Fixpunkte. **Aufgabe der Politik ist es, die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit sich solche Initiativen von unten entwickeln, und an Stärke zulegen können.** *Die Aufgabe der Sozialdemokratie ist es darüber hinaus, jene Menschen, die sich für eine demokratische, ökologische und solidarische Wirtschaft einsetzen, zu vernetzen und zu befähigen, um so den politischen Druck für eine andere Wirtschaftsform von unten aufzubauen.*

Die nachfolgend beschriebenen Handlungsfelder und Massnahmen fokussieren auf die Schweiz. Indem wir den demokratischen, ökologischen und solidarischen Umbau „unserer Wirtschaft“ vorantreiben, verbessern wir allerdings nicht nur das Leben der Menschen hierzulande. Wir übernehmen damit auch aus einer internationalen Perspektive Verantwortung und leisten einen wichtigen Beitrag zu mehr Gerechtigkeit auf globaler Ebene.

II. Handlungsfelder und Massnahmen

Mehr Demokratie – Mitbestimmung und Beteiligung ausbauen

1. **Mitbestimmungsrechte für Mitarbeitende:** Die Schweiz kennt im Unterschied zu den meisten europäischen Ländern keine substanzielle Mitbestimmung der Mitarbeitenden auf Unternehmensebene. *1976 wurde die Mitbestimmungsinitiative der Gewerkschaften abgelehnt. Das einzige Resultat der damaligen Diskussionen ist das Mitwirkungsgesetz von 1993. Es regelt die (fakultative) Mitarbeitendenvertretung in Betrieben mit einer Belegschaft ab 50 Personen, beschränkt sich aber auf dürftige*

1 Siehe: <http://www.economie.gouv.fr/files/files/PDF/ess-brochure.pdf>

2 Siehe: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52015IE2060&from=DE>

3 Après-GE (2015): Panorama de l'économie sociale et solidaire à Genève. Étude statistique 2015. Genf.

Informations- und bestenfalls Konsultationsrechte. Die gute Arbeit von Personalvertretungen (Pekos) und Gewerkschaften zugunsten der Mitarbeitenden reichen nicht annähernd aus, um die strukturellen Machtungleichgewichte zugunsten des Kapitals auszugleichen. Das möchten wir ändern! Das Mitwirkungsgesetz ist dahingehend zu revidieren, dass ab einer bestimmten Unternehmensgrösse (z.B. ab 30 Beschäftigten) eine Mitarbeitendenvertretung mit Mitbestimmungsrechten in den Leitungsgremien der Unternehmen obligatorisch ist und klare Stufen der Mitwirkung definiert werden (Mitbestimmungs-, Mitsprache- und Informationsrechte). In Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten ist mindestens ein Drittel der Mitglieder des Verwaltungsrates von Seiten der Mitarbeitenden zu besetzen. Eine Verletzung der Mitwirkungsrechte ist mit Sanktionen zu belegen und der Schutz der Vertretungen der Arbeitenden ist auszubauen. Bei vorgeschlagenen Massnahmen der Unternehmensführung, die sich ausschliesslich am Shareholder Value orientieren und auf Kosten der Lohnabhängigen gehen, muss letzteren ein Vetorecht eingeräumt werden.⁴ Echte Teilhabe und Mitbestimmung bedingt schliesslich eine Vertretung, die die Vielfalt des Unternehmens oder des Betriebs widerspiegelt. Dazu gehört auch ein konsequenter Einsatz gegen Diskriminierung aufgrund Alter, Geschlecht, Herkunft, sexueller Orientierung oder anderer Eigenschaften.

2. **Gewinnbeteiligungsmodelle:** Mitarbeitende sollen nicht individuell, sondern als Kollektiv am finanziellen Erfolg ihrer Unternehmen teilhaben. Ihnen soll die Möglichkeit offen stehen, sich gemeinsam (z.B. über einen Fonds, der aus erwirtschafteten Gewinnanteilen gespeist wird) an ihrem Unternehmen zu beteiligen, Verantwortung zu übernehmen und demokratisch mitzuentcheiden. Solche kollektiven Lösungen können (müssen aber nicht) auf einen schrittweisen Übergang zu demokratischen Unternehmen im Mehrheitsbesitz der Mitarbeitenden abzielen.
3. **KonsumentInnenmacht stärken:** Durch ihre Kauf- resp. Nicht-Kaufentscheidungen können KonsumentInnen zum Durchbruch einer zukunftsfähigen Wirtschaft beitragen. Die SP setzt sich ein für umfassende und verbindliche Transparenz- und Rechenschaftsvorschriften und eine aktive Mitwirkung des Staates bei der globalen Standardisierung von Labels. Private wie öffentliche Zertifizierungsbemühungen auf allen Ebenen sind zu unterstützen – und bei Bedarf auch zu koordinieren. Darüber hinaus gilt es Modelle zu entwickeln und zu stärken, die den Einfluss von KonsumentInnen (als wesentliche Stakeholder) auf unternehmerische Entscheidungen vergrössern. Die bewährten Formen der Konsumgenossenschaften (Coop, Migros, Landi, Volg) können als Vorbild dienen und mit dem Ziel einer Demokratisierung neu belebt werden.
4. **Boden als Gemeingut sichern:** Der Boden ist das Fundament des menschlichen Lebens – und somit auch Grundlage einer zukunftsfähigen Wirtschaft. Als Gemeingut darf der Boden nicht der Profitmaximierungslogik des Kapitals ausgeliefert werden. Die SP macht sich für ein Bodenrecht stark, das der Spekulation ein Ende bereitet und planungsbedingte Bodenrenten mit einer Steuer abschöpft. Die SP wirkt zudem darauf hin, dass die öffentliche Hand Landreserven an Private nur im Baurecht und unter

4 Der Einsatz für mehr Demokratie am Arbeitsplatz und im Unternehmen ist nicht nur aus Gerechtigkeitsgründen angezeigt. Das Modell der hierarchisch, von oben nach unten, organisierten Unternehmen macht auch aus betriebswirtschaftlicher Sicht immer weniger Sinn. In einer zunehmend komplexen und vernetzten Umwelt, müssen Unternehmen rasch und flexibel agieren und reagieren können. Gefragt sind heute Unternehmen mit dezentralen Strukturen und flachen Hierarchien, in denen Autonomie, Mitbestimmung und Vertrauen nicht bloss Schlagwörter sind, sondern Beschäftigte auch tatsächlich als kompetente und gleichberechtigte Organisationsmitglieder eingebunden werden.

wirtschaftlich angemessenen Bedingungen abgibt und durch Landkäufe mehr Boden in den demokratischen Wirkungsbereich zurückholt. Antworten auf die Exzesse im Wohnungsmarkt sind die Stärkung des gemeinnützigen Wohnungsbaus, die flächendeckende Einführung der Kostenmiete und insbesondere die Förderung von Wohnbaugenossenschaften.

5. **Vorbildliche Arbeitsbedingungen:** Eine demokratische Wirtschaft der Zukunft ermöglicht den Mitarbeitenden gute und auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Arbeitsbedingungen und Arbeitszeitmodelle, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen, eine gute Balance zwischen Arbeit und Freizeit ermöglichen und sozialpartnerschaftlich ausgehandelt wurden. Sowohl Arbeitsbedingungen wie auch Rekrutierung sollen frei von Diskriminierungen sein. Dazu gehört selbstredend, dass keine ungleichen Löhne für gleichwertige Arbeit gezahlt werden. Die ökonomische Gleichstellung der Geschlechter ist ein wichtiges Anliegen einer zukunftsfähigen Wirtschaft.
6. **Arbeitszeitverkürzungen:** Die Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben in und mit der Gesellschaft werden nicht nur durch soziale Sicherungssysteme, fair vergütete Erwerbsarbeit und Mitbestimmung im Unternehmen erhöht. Heute kommt der freien Verfügbarkeit über die eigene Lebenszeit eine wachsende Bedeutung zu. Vor dem Hintergrund der rasanten Produktivitätssteigerungen der letzten Jahrzehnte ist eine gerechtere Verteilung der Arbeit angezeigt. Arbeitszeitverkürzungen bei gleichbleibendem Lohn sind ein geeignetes Mittel dazu.
7. **Vorbildrolle der öffentlichen Hand:** Verwaltungen auf Ebene von Bund, Kantonen und Gemeinden sollen die Voraussetzungen für die Umsetzung neuer Ansätze schaffen und verbessern, sogenannte staatsnahe Betriebe sollen zu VorreiterInnen werden. Statt kommunale Werke, Spitäler oder Hochschulen Schritt für Schritt in die „Privatwirtschaft zu entlassen“ und ebenso teuren wie unsinnigen neoliberalen Hierarchien und Bürokratien zu unterwerfen, sollen demokratische Strukturen gestärkt und die Mitarbeitenden (aber auch KonsumentInnen, PatientInnen oder Lernende) zu Mitbestimmenden gemacht werden. Auf diese Weise wird die Qualität ihrer Arbeit und damit die Qualität öffentlicher Dienste erhöht – und das erst noch kostensparend.
8. **Service public verteidigen und ausweiten:** Der im internationalen Vergleich nach wie vor starke Service Public ist ein Glücksfall für die Schweiz, doch er ist bedroht. Die Güter und Dienstleistungen des Service publics stehen allen Menschen unserer Gesellschaft zur Verfügung im Wissen, dass ein grosser Teil von ihnen sich mit eigenen Mitteln diese Angebote nicht leisten könnte. Service public heisst deshalb «Für alle statt für wenige» und bedeutet im Kern gemeinwohlorientierte Wirtschaft. Neben den Verwaltungen sind heute auch grosse und wichtige Bereiche der Wirtschaft über öffentliche Unternehmungen staatlich kontrolliert und gesteuert. Es handelt sich dabei um eine politisch definierte Grundversorgung an Infrastrukturgütern und -dienstleistungen, die zu verteidigen eine selbstverständliche und andauernde Aufgabe der Sozialdemokratie ist. Diese Grundversorgung ist eine zentrale Voraussetzung für eine breite Durchsetzung der Menschen- und Sozialrechte und damit der Demokratisierung der Wirtschaft. Gegen internationale Freihandelsabkommen, die einen solchen Service public in Frage stellen, leistet die SP Widerstand. Mit Blick in die Zukunft ist eines der Ziele der SP, dass Unternehmen wie SBB, Post und Swisscom ihre spezifische Rolle als Service-public-Unternehmen wieder stärker in den Vordergrund stellen. Auch das Verhältnis dieser Unternehmen zum demokratischen Staat, die Frage der staatlichen Einflussmöglichkeiten im

Interesse des Gemeinwohls, ist in diesem Kontext offen zu debattieren. Zudem scheint das Grundprinzip des Service public auch prädestiniert dafür zu sein, auf weitere Bereiche ausgeweitet zu werden. Der immer wichtiger werdende Care-Sektor (siehe Punkt 18), aber auch für das tägliche Funktionieren der Gesellschaft unerlässliche Finanzdienste oder Teile des Pharmabereichs sind entsprechende Beispiele.⁵

9. **Eine am Gemeinwohl orientierte Nationalbank:** Die Schweizerische Nationalbank setzt laut ihrem Auftrag „grundlegende Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Wirtschaft“ im „Gesamtinteresse des Landes“. Die entsprechenden Entscheide werden heute auf höchst intransparente Weise von einem dreiköpfigen Direktorium ohne Rechenschaftspflicht gefällt. Das ist weder sinnvoll noch zeitgemäss. Währungspolitik ist Wirtschaftspolitik und damit demokratisch verhandelbar. Die SP setzt sich für eine Ausweitung des Direktoriums unter expliziter Berücksichtigung von VertreterInnen der ArbeiterInnen in der Schweiz ein. Zudem braucht es mehr Transparenz: Die SP macht sich für eine regelmässige Rechenschaftspflicht der Nationalbank gegenüber dem Parlament und der Öffentlichkeit stark. Schliesslich muss der gesetzliche Auftrag an die Nationalbank erweitert und ergänzt werden. Die enge und dogmatische, auf die Wahrung der Preisstabilität fixierte Interpretation ihres Auftrags führt zu einseitigen und falschen Entscheiden: Auch ein hoher Beschäftigungsgrad, eine nachhaltige Anlagepolitik und stabile, international abgestimmte Wechselkurse gehören ins Pflichtenheft einer gemeinwohlorientierten Nationalbank.
10. **Regionale Vertragslandwirtschaft fördern:** Das beste Mittel, um regionale, saisongerechte und unter fairen Arbeitsbedingungen produzierte Lebensmittel sicher zu stellen, sind Genossenschaften oder Vereine, die ProduzentInnen und KonsumentInnen zusammenbringen und eine bedarfsgerechte demokratische Planung ermöglichen.⁶ Auf diese Weise gelingt es, Bedürfnisse der KonsumentInnen mit den Anforderungen einer nachhaltigen Landwirtschaft zu verbinden.
11. **Regionale Energieversorgung:** Einer nachhaltigen Energieversorgung stehen nicht zuletzt die Profitinteressen der grossen Energiekonzerne im Weg. Gemeinden und Regionen sollen sich das Ziel einer dezentral organisierten, im besten Falle selbstversorgenden Energieversorgung setzen und ihre eigenen Energiequellen nutzen. Solar-, Wind-, Wasser- und Biomassekraftwerke bieten dazu viele Möglichkeiten. Damit wird unsere Abhängigkeit von fossilen Energiequellen reduziert, während demokratische Verfahren und die regionale Wirtschaft gestärkt werden.

Zukunftsfähige Wirtschaftsweisen fördern

12. **Förderartikel in der Bundesverfassung:** Ein Förderartikel in der Bundesverfassung soll den Stellenwert der demokratischen, ökologischen und solidarischen Wirtschaft in der gesamten Schweiz erhöhen und ihre gezielte Stärkung ermöglichen. Die Förderung braucht entsprechende finanzielle Mittel (siehe Punkte 15-17) und ist an

5 Der Thinktank *Denknetz* hat solche Modellvorschläge erarbeitet, siehe http://www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Working_Paper_Finanzdienste_als_Service_public_Juni_2010.pdf und http://www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Denknetz_Investitionsagenda_BEat_Ringger.pdf

6 Schweizweit gibt es bereits entsprechende Initiativen; siehe u.a. den Verband regionale Vertragslandwirtschaft RVL (<http://www.regionalevertragslandwirtschaft.ch/verband/>).

Kriterien festzumachen, die grundsätzlich unabhängig von der Rechtsform eines Unternehmens sind.⁷

13. **Unternehmensrechtsformen:** Rechtsformen, die auf den Prinzipien einer demokratischen, ökologischen und solidarischen Wirtschaft beruhen, sollen gestärkt werden. Die Form der Produktionsgenossenschaft, die Unternehmen zu einem eigenen Subjektstatus verhilft, kann als Vorbild dienen – und ihr soll zu neuer Attraktivität verholfen werden. International gibt es aber auch weitere Ansätze (z.B. Benefit Corporation⁸).
14. *Verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln gegenüber Gesellschaft und Umwelt: Im Einklang mit internationalen Standards und unter deren aktiver Mitgestaltung sollen mit rechtsverbindlichen oder weiteren geeigneten Massnahmen unternehmerische Sorgfaltspflichten sowie Bestimmungen zur Rechenschaftsablage in finanziellen und nichtfinanziellen Angelegenheiten etabliert, gefördert und durchgesetzt werden.*⁹
15. **Kantonalbanken zu Akteuren einer zukunftsfähigen Wirtschaft machen:** Die Kantonalbanken befinden sich – grösstenteils – im öffentlichen Eigentum. Das ist eine riesige Chance! Kantonalbanken kommt eine besondere gesellschaftliche Verantwortung zu. Es gehört zu ihrem Auftrag, eine sozial und ökologisch nachhaltige Wirtschaft zu fördern. Die Einflussmöglichkeiten der Politik auf die strategische Ausrichtung der Kantonalbanken müssen stärker in diesem Sinne genutzt werden. Bei der Unterstützung von lokal und regional verankerten KMUs und beim sozial-ökologischen Umbau unserer Wirtschaft sollen Kantonalbanken eine zentrale Rolle spielen.
16. *Verantwortungsvolle Pensionskassen: Über ihre Pensionskassenvermögen sind die Lohnabhängigen die grössten Kapitaleigner in diesem Land. Mit ihrer einseitig an Kapitalrendite orientierten Anlagepolitik verraten die meisten Pensionskassen aber die eigentlichen Interessen ihrer Kapitaleigner. Als Grossaktionäre können und müssen die Pensionskassen auf die strategischen Entscheidungen von Unternehmen Einfluss nehmen, zum Beispiel im Kampf gegen Spekulation, gegen Grossfusionen und Monopole oder gegen überzogene Management-Gehälter. Gesetzliche Verpflichtungen sollen darüber hinaus sicherstellen, dass Pensionskassengelder nur in demokratisch, ökologisch und solidarisch wirtschaftende Unternehmen oder Fonds (siehe Punkt 17) investiert werden. Das bedeutet, dass Unternehmen, welche Umweltstandards verletzen, Menschenrechte missachten, Kriegsmaterial herstellen oder fossile Energien fördern von Investitionen auszuschliessen sind. Pensionskassen sind als paritätisch organisierte Stiftungen zu führen, welche unter einer nachhaltigen Kapitalanlage dem Vorsorgegedanken für die Versicherten verpflichtet sind. Um das Machtpotenzial der ArbeiterInnen besser nutzen zu können, braucht es die gezielte Ausbildung und kollektive (gewerkschaftliche) Einbindung von StiftungsrätInnen.*

7 Siehe bspw. die Kriterien der Sozialen und Solidarischen Ökonomie in Genf (http://public.apres-ge.ch/sites/test.intranetgestion.com/files/Kriterien_fur_die_Aufnahme_in_die_Genfer_Kammer_1.pdf) oder der Gemeinwohl-Ökonomie (<https://www.ecogood.org/de/gemeinwohl-bilanz/gemeinwohl-matrix/>).

8 Benefit Corporation ist eine ursprünglich aus den USA stammende Unternehmensform, die eine bessere Vereinbarung von Gemeinwohl und privatwirtschaftlichem Nutzen erlauben soll. Seit Ende 2015 ist sie auch in Italien rechtlich anerkannt (siehe: <http://bcorporation.eu/>).

9 Siehe in diesem Zusammenhang die Konzernverantwortungsinitiative: <http://konzern-initiative.ch/>

17. **Zukunftsfonds:** Neben fortschrittlichen Banken, die bereits heute Teil der Lösung sind, soll ein Zukunftsfonds helfen, den Übergang hin zu einer demokratischen, ökologischen und solidarischen Wirtschaft zu finanzieren. Zum Einsatz kommen soll der Fonds u.a. bei einem geplanten Verkauf resp. einer Schliessung von KMUs. In solchen Fällen brauchen die Mitarbeitenden ein Vorinformations- und Vorkaufsrecht. Wenn sie eine wirtschaftlich nachhaltige Lösung zur Weiterführung des Unternehmens (z.B. als Genossenschaft) finden, es ihnen aber am nötigen Kapital für die Übernahme fehlt, dann sollen sie sich beim Zukunftsfonds um eine Übergangsfinanzierung (5-10 Jahre) bewerben können.¹⁰ Über die Verwendung der Gelder soll eine zivilgesellschaftlich breit abgestützte und demokratisch aufgebaute Förderinstitution befinden. Ein solcher Zukunftsfonds erlaubt es, die primär auf Profitmaximierung ausgerichteten Förderkriterien von konventionellen Banken und anderen Finanzmarktakteuren zu umgehen. Es gibt verschiedene Möglichkeiten zur Öffnung eines entsprechenden Fonds. Mit einer gezielten Kapitalgewinn- oder Bonussteuer, die zur Finanzierung eines solchen Fonds eingesetzt würde, käme es zu einer gesellschaftlich erwünschten Rückverteilung von der profitmaximierenden und nicht nachhaltigen, zu einer zukunftsfähigen Wirtschaft.
18. **Mehr nicht-profitorientierte Investitionen und mehr Demokratie für den Care-Sektor:** Während viele Industrie- oder Büroarbeiten als Folge technologischer Fortschritte immer schneller und mit weniger menschlicher Arbeitskraft erledigt werden können, erfordert die Care-Arbeit insgesamt mehr Zeit. Die Zahl der Pflegebedürftigen und teilweise auch die Pflegedauer nehmen als Folge medizinischer Fortschritte und der Alterung der Bevölkerung laufend zu. Heute stehen immer mehr Menschen vor der Herausforderung, die eigene Erwerbsarbeit mit der Betreuung und Pflege von Angehörigen unter einen Hut zu bringen. Profitgesteuerte Rationalisierungsmaßnahmen in der professionellen Pflege bringen keine sinnvollen Verbesserungen. Sie wirken sich im Gegenteil negativ auf die Pflegebedürftigen und die Pflegenden aus. Die SP setzt sich deshalb für eine Ausweitung öffentlicher resp. nicht-profitorientierter Investitionen in den Care-Sektor sowie dessen Demokratisierung – z.B. über Care-Räte, in denen sowohl Care-GeberInnen als auch Care-NehmerInnen vertreten sind – ein.¹¹ Wir wollen ein Gesundheits- und Sozialwesen, das im Sinne eines demokratischen Service public funktioniert. Für die öffentliche medizinische Versorgung bedeutet das zum Beispiel, dass sie auch im lokalen und regionalen Raum angeboten wird. Die für die Investitionen benötigten Mittel sind wie andere öffentlichen Dienste vom Staat zu finanzieren. Die persönliche Betreuung und Pflege von Familienmitgliedern muss erleichtert werden, indem zeitlich begrenzte Arbeitszeitreduktionen staatlich finanziert werden und so Erwerbsarbeit und Einkommen zumindest partiell entkoppelt werden. Die von der SPS geforderte Allgemeine Erwerbsversicherung wäre eine mögliche Lösung dafür.
19. **Vielfalt fördern und Freiräume sichern:** Der Staat soll die diversen zivilgesellschaftlichen Projekte, die die Möglichkeiten nachhaltiger Wirtschaftsweisen ausloten, aufnehmen und mittels spezifischer, an die jeweiligen Bedürfnisse angepasster Lösungen versuchen, zu deren längerfristigem Erfolg beizutragen. Der Gemeinde-, Regional- und Kantonalpolitik kommt dabei eine entscheidende Rolle zu.

10 Eine ähnliche Regelung findet sich im französischen Gesetz zur Sozialen und Solidarischen Ökonomie. Die Arbeitnehmenden in Frankreich haben die Möglichkeit, einen Betrieb in der Rechtsform einer Société coopérative et participative (SCOP) weiterzuführen, auch wenn ihnen das für eine Übernahme nötige Kapital fehlt. Die Belegschaft hat dann sieben Jahre Zeit, um eine Kapitalmehrheit zu erreichen.

11 Siehe: Winker, Gabriela (2015): Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft. Bielefeld.

Eine demokratische, ökologische und solidarische Wirtschaft braucht ein entsprechendes „Ökosystem“, um sich entwickeln zu können. Die Behörden resp. die Politik sind gefordert, produktiv mit gewissen Unwägbarkeiten umzugehen und sich, wenn nötig, dem Drang nach Kontrolle und (Über-)Regulierung zu widersetzen.

20. *Digitale Commons gegen Regime von Informationsmonopolen: Im Kontext der Digitalisierung hat sich der Zugang zu kulturellen Werken und Wissensgütern radikal verändert. So viele Menschen wie nie zuvor haben die Möglichkeit, zur intellektuellen Wertschöpfung beizutragen. In den letzten Jahrzehnten sind deshalb verschiedene Bewegungen entstanden (Free-Software, Free-Culture und Access-to-Knowledge), in welchen innerhalb von freiwilligen Gemeinschaften digitale Commons (Informationsressourcen) gemeinsam verwaltet werden. Diese Ressourcen werden gemeinschaftliches statt privates oder öffentliches Eigentum und stellen damit ein anderes Modell gesellschaftlicher Produktion dar. Durch ihre Ethik und Praktiken beinhalten die digitalen Commons sowohl wirtschaftlich als auch gesellschaftlich einen Paradigmenwechsel. Sie haben deshalb auf allen politischen Ebenen einen schweren Stand, sich gegen kommerzielle Interessen durchzusetzen. Für die SP gilt es daher, die Umrissse einer neuen Informationsordnung zu schaffen und die nötigen Rahmenbedingungen zu setzen.*

Bewusstsein und Anerkennung für eine zukunftsfähige Wirtschaft schaffen

21. **Nationale Handelskammer einer demokratischen, ökologischen und solidarischen Wirtschaft:** Nach Vorbild der Chambre de l'économie sociale et solidaire in Genf (Après-GE) und ähnlichen Institutionen im Ausland soll eine nationale Organisation die schweizweite und internationale Vernetzung sicherstellen und als Anlaufstelle für praxisrelevante Fragen dienen. Mittels Leuchtturmprojekten kann sie zudem das öffentliche Bewusstsein für die Möglichkeiten einer zukunftsfähigen Wirtschaft stärken.
22. **Nationale Statistiken:** Der Bundesrat soll die Realität(en) und den Nutzen der demokratischen, ökologischen und solidarischen Wirtschaft endlich anerkennen und in den offiziellen Statistiken ausweisen.
23. **Grundlagenforschung:** Die Möglichkeiten und Herausforderungen einer demokratischen, ökologischen und solidarischen Wirtschaft sollen gezielt erforscht und entwickelt werden, etwa durch das Instrument der Nationalen Forschungsprogramme (NFP).
24. **Ein realistisches Wirtschaftsbild vermitteln:** Von der Volks- bis zur Hochschule, ebenso wie in den allermeisten Massenmedien, bekommen wir grösstenteils ein sehr beschränktes Bild von Wirtschaft vermittelt: Gute Wirtschaft spiegle sich in steigenden Aktienkurse wider, heisst es etwa. Oder: Vom Eigennutz getriebene Menschen würden über den Markt auf wundersame Weise kollektiven Wohlstand schaffen. Dieses Bild von Wirtschaft dient primär den Interessen von Grossunternehmen und reichen Kapitaleignern und wird überdies den vielfältigen Realitäten des Wirtschaftens nicht gerecht. Lernziele und -inhalte sind deshalb zu überprüfen und anzupassen. Eine demokratische Gesellschaft ist auf Bürgerinnen und Bürger angewiesen, die die wirtschaftlichen Realitäten verstehen, und ihren Beitrag an eine gemeinwohlorientierte Wirtschaft leisten können. Entsprechende Bestrebungen im Rahmen des Lehrplans 21 unterstützt die SP ebenso wie Weiterbildungsangebote zum Management sozialer

und solidarischer Unternehmen an verschiedenen Wirtschaftshochschulen in der Romandie.

Der Horizont der Sozialdemokratie reichte immer über den Kapitalismus hinaus. Allein die Mega-Themen Ungleichheit, Klimawandel und Migration machen deutlich, dass diese Perspektive nach wie vor – und vielleicht mehr denn je – zwingend nötig ist. Wenn wir heute eine gesellschaftliche Transformation in eine freiere und gerechtere Zukunft anvisieren, dann besteht unsere beste Chance darin, die klassisch-sozialdemokratische (Zähmungs-)Politik mit den „realen Utopien“ einer demokratischen, ökologischen und solidarischen Ökonomie zu verbinden.¹² Daraus ergibt sich für uns die Chance, mit neuem Elan als verantwortungsbewusste, zugleich visionäre und konkret gestaltende Kraft in Erscheinung zu treten.

III. Aktionsplan zum weiteren Vorgehen

Die Geschäftsleitung der SP Schweiz entwirft in Zusammenarbeit mit der AG Wirtschaftsdemokratie einen Aktionsplan zur Umsetzung des Positionspapiers. In diesem werden die Aktionsschienen, die dafür Verantwortlichen und das Reporting zu den Aktionen und Fortschritten festgelegt. Es soll darin auch aufgezeigt werden, wo und wie wir mit Gleichgesinnten (insbesondere auch den Gewerkschaften) zusammenarbeiten. Dieser Aktionsplan wird einer Delegiertenversammlung im Jahr 2017 unterbreitet.

12 Siehe u.a.: Wright, Erik Olin (2010): Envisioning Real Utopias. London/New York.